Haushalt / Verkehr
Rat ö 13.12.2011

Erstellung einer neuen Wirtschaftlichkeitsanalyse für den Flughafen Münster Osnabrück – FMO (SPD-Fraktion / Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
Beratungsverlauf:
Herr Hagedorn verweist darauf, dass seit dem Jahr 2005 die Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wiederholt ihren ablehnenden Standpunkt zur Verlängerung der Start- und Landebahn des Flughafens Münster/Osnabrück im Rat vorgebracht haben. Der heutige Beschlussvorschlag beruhe auf der gleichlautenden Vereinbarung der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu diesem Punkt. Er verweist auf die Informationen darüber, dass sich der Flughafen FMO und der BUND darauf verständigt haben, die Start- und Landebahnverlängerung auf 3 000 Meter zu beschränken. Diese Einigung habe bestehende naturschutzrechtliche Fragen gelöst, wohingegen wirtschaftliche Fragen nach wie vor offen seien. Unverändert werde die Gefahr gesehen, dass die künftige wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens den städtischen Haushalt durch steigende Zuschussbedarfe belasten könne. Die Verkehrsprognosen aus dem Jahr 2005 bezeichnet er als völlig überholt. Vor weiteren Entscheidungen über die Verlängerung der Start- und Landebahn fordert er als Basis hierfür Analysen der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung auf der Grundlage der negativ veränderten Rahmendaten. Eine dauerhafte Belastung des städtischen Haushaltes zur Defizitabdeckung des FMO werde abgelehnt. Er legt dar, dass im Sinne des bestehenden Vertrauensschutzes an der derzeitigen Beschlusslage der früheren Mehrheit nichts geändert werde und insofern die letzte Zahlung der ersten Tranche nicht angehalten werden solle. Die heute geforderte Wirtschaftlichkeitsuntersuchung betreffe allerdings alle weiteren Zahlungen. Er verweist auf eine entsprechende Antragstellung im Rat der Stadt Münster.
Herr Oberbürgermeister Pistorius erinnert daran, dass im Rahmen der Gerichtsentscheide zur Entscheidung der Verlängerung der Start- und Landebahn die bisherige Prognose nicht als „nicht belastbar“ kritisiert wurde, sondern für zu alt gehalten wurde. Er verweist darauf, dass die Frage einer weiteren Wirtschaftlichkeitsberechnung nur zu einem Zeitpunkt Sinn mache, zu dem ein entsprechender Baubeschluss bevorstehe, da ansonsten die Gefahr bestehe, dass die Prognose bis zur Einleitung der Maßnahme wiederum veraltet sei. Er hält es insofern erst dann für möglich, die Wirtschaftlichkeitsprognose in Angriff zu nehmen, wenn die Gesellschafter erklären, wirklich bauen zu wollen. Er beurteilt als positiv, dass der Begriff der „Wirtschaftlichkeitsanalyse“ die Möglichkeit eröffne, auch infrastrukturelle Auswirkungen in die Betrachtung einzubeziehen.
Herr Dr. Brickwedde bringt namens der CDU-Fraktion vollinhaltliche Zustimmung zu dem Beitrag von Herrn Oberbürgermeister Pistorius zum Ausdruck. Er legt dar, dass der Flughafen Münster/Osnabrück nie primär betriebswirtschaftlich beurteilt wurde. Vielmehr sei die Beurteilung stets in erster Linie strukturpolitisch erfolgt. Er hebt die Bedeutung des Flughafens für den Wirtschaftsstandort „Region Osnabrück“ hervor. In diesem Zusammenhang hebt er gleichfalls die Bedeutung der gesamten Verkehrsinfrastruktur für den Wirtschaftsstandort Osnabrück hervor. Er bezeichnet es als von größter Bedeutung, dass die SPD-Fraktion, die bisher von ihr vertretenen Positionen nicht im Rahmen der Koalitionsvereinbarung mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aufgebe. Er verweist darauf, dass in der Aufsichtsratssitzung des FMO am 13. Oktober 2011 annähernd einstimmig für die Erhöhung des Eigenkapitals votiert wurde; zwischenzeitlich haben die Gesellschafter auf kommunaler Ebene fast alle die entsprechenden Beschlüsse nachvollzogen; in Osnabrück werde die entsprechende Beschlusslage durch die OBG hergestellt.
Er warnt vor einem erheblichen Gesichtsverlust für die Stadt Osnabrück und einer Isolation im Kreis der Gesellschafter, sofern die Stadt Osnabrück einen Sonderweg einschlage. Er erinnert daran, dass die SPD-Fraktion bisher der Verlängerung der Start- und Landebahn auf 3 600 Meter zugestimmt habe, obwohl der NABU sich bisher hiergegen ausgesprochen habe. Er verweist auf Verlautbarungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wonach die Mitglieder der Fraktion die Verlängerung der Start- und Landebahn auch auf 3 000 Meter ableh-

nen. Hierin sieht er eine Gefährdung des Wirtschaftsstandortes Osnabrück und seiner Attraktivität.
Herr Henning legt namens der SPD-Fraktion dar, dass die Existenz des FMO keineswegs infrage gestellt werde. Er verweist auf die Änderungen, die in dem 17-jährigen Planungszeitraum für den FMO eingetreten seien. In diesem Zeitraum haben sich z. B. technische Möglichkeiten entwickelt, wonach eine 3 000 Meter lange Start- und Landebahnverlängerung für den FMO ausreichend sei. Er erneuert die Forderung, dass Nordrhein-Westfalen seine bisherigen finanziellen Zusicherungen einhalten müsse. Er erinnert an Aussagen der SPD-Fraktion, wonach die beteiligten Kommunen nicht für die von Nordrhein-Westfalen zugesagten Kosten in Höhe von 11.000.000 € eintreten werden. Dies entspreche der Beschlusslage des Rates mit den Stimmen der CDU. Er hebt die Notwendigkeit des FMO für die Wirtschaft der Stadt Osnabrück hervor und sagt eine Bestandsgarantie für ihn zu. Gleichzeitig hinterfragt er die Zusammenhänge zwischen der Startbahnverlängerung und den wirtschaftlichen Auswirkungen für die Region. Derzeit sei eine Entscheidung über den Bau der Start- und Landebahnverlängerung noch nicht möglich. Er begründet den wirtschafts- und finanzpolitischen Sinndes Antragsinhaltes. Er äußert Verständnis für die Forderung der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Münster, die eine Unterstützung der Wirtschaft für den FMO fordere.
Herr Dr. Thiele begrüßt namens der FDP-Fraktion die Einigung zwischen FMO und NABU über die Verkürzung der Startbahnverlängerung. Er hält Herrn Henning entgegen, dass die Wirtschaft den FMO bereits durch Werbemaßnahmen und Kauf von Flächen unterstütze. Für die Annahme des Antrages sieht er derzeit keinen Bedarf.
Herr Jasper legt dar, dass die technischen Möglichkeiten zur Verkürzung der Landebahn erst in jüngster Vergangenheit möglich geworden seien. Er fordert die Fraktionen von SPD und Grünen dazu auf, sich im Land Nordrhein-Westfalen dafür einzusetzen, dass dieses seiner Zusage bezüglich des Zuschusses für den FMO nachkomme. Er verweist darauf, dass weder in den letzten Jahren noch im Jahr 2011 der FMO einen Verlust erwirtschafte der FMO im Jahr 2011 keinen Verlust erwirtschaftet hat und die Gesellschafter seit 1999 keine Verluste übernehmen mussten.*) (geändert durch die Genehmigung dieser Niederschrift in der Ratssitzung am 7.2.2012) Im Hinblick auf den erforderlichen Vertrauensschutz verweist er darauf, dass die Eigenkapitalerhöhung für den FMO im Rat beschlossen wurde. Er fordert von den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, nicht nur den derzeitigen Ausbauzustand des FMO zu unterstützen, sondern sich im Hinblick auf den Wirtschaftsstandort insgesamt so zu verhalten, die Entwicklung des FMO nicht zu gefährden.
Herr Cheeseman spricht sich namens der Fraktion Die Linken nachdrücklich dagegen aus, weitere Mittel in den Ausbau des Flughafens FMO zu investieren. Er spricht sich nachdrücklich für die Annahme des Antrages aus.
Herr Hagedorn macht namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen deutlich, dass der NABU naturschutzrechtliche Interessen verfolge, wohingegen der Rat der Stadt Osnabrück auch die betriebswirtschaftliche Rechnung zu betrachten habe. Die aufgeworfene Frage nach der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung des FMO stelle keinesfalls die Existenz des Flughafens infrage. Er gibt die Forderung, sich für die Einhaltung der Zusage der nordrhein-westfälischen Landesregierung einzusetzen, an die CDU zurück.
Herr Oberbürgermeister Pistorius bittet darum, den Druck aus der derzeitigen Diskussion zu nehmen, und den Inhalt der Beschlussvorlage von Fraktionen SPD und Grünen nicht zu dramatisieren. Er legt dar, dass der Aufsichtsrat des FMO zu dem Zeitpunkt, zu dem eine Bauentscheidung anstehe, ohnehin eine Wirtschaftlichkeitsanalyse beauftragen würde. Diese Entscheidung stehe aktuell nicht an.
Er erinnert an die Verpflichtung des Landes Nordrhein-Westfalen, seinen Anteil an der Finanzierung des Ausbaus des FMO zu erbringen. Er macht deutlich, dass es sich hierbei keinesfalls um eine Bezuschussung des Flughafenausbaus durch das Land handele, sondern vielmehr eine Maßnahme, die vom Umweltministerium finanziert werde. Sofern die Wirtschaftlichkeitsanalyse ergeben werde, dass der Ausbau der Start- und Landebahn wirtschaftlich und sinnvoll ist, würde im Umkehrschluss bei einem Verzicht auf die Maßnahme eine Belastung der Gesellschafter eintreten. Abschließend verweist er auf die Klarstellung der Antragsteller, dass im Absatz 4 nicht letzte Tranche der letzten Zahlung gemeint sei. Er macht deutlich, dass es seit 1998 keine Defizitzuschüsse an den FMO gegeben habe und

der Ausbau des Terminals 2 des FMO aus eigener Kraft erfolgt sei. Er verweist auf die gute operative Aufstellung des FMO.
Herr Cheeseman widerspricht namens der Fraktion Die Linken der übersteigerten Bedeutung, die dem Flughafen Münster-Osnabrück für die Wirtschaftsregion Osnabrück beigemessen werde.

Beschluss:

1. Auf der Basis der aktuellen Fluggastzahlenentwicklungen und des sich abzeichnenden Kompromisses zwischen FMO und NABU wird eine neue Wirtschaftlichkeitsanalyse für die geplante Start- und Landebahnverlängerung auf 3 000 Meter erstellt.
2. Ungeachtet des Ergebnisses der Analyse erfolgt eine Zustimmung zu der Maßnahme nur bei entsprechender Beteiligung des Landes NRW.
3. Eine Zustimmung zum Ausbau erfolgt darüber hinaus nur, wenn die Maßnahme nicht zur dauerhaften Belastung der Gesellschafter und damit des städtischen Haushalts führt.
4. Bis zur Vorlage und Bewertung der Analyse werden keine Mittel zur Eigenkapitalerhöhung bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion angenommen.